

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Lotterie.

[4. Kl. 10. Ziehungstag am 28. April.] Es fielen 150 Gewinne zu 100 \mathcal{R} auf No. 163 2360 2740 2763 2980 4101 5400 5957 6403 6719 6762 6953 7930 8103 8337 8346 9924 10,327 10,895 11,068 11,532 12,715 13,492 15,357 16,321 16,396 16,469 17,476 17,975 19,168 21,061 21,107 21,284 21,926 22,586 23,187 23,695 23,912 24,039 24,312 24,738 26,134 28,376 28,506 28,678 28,940 29,266 30,491 30,607 30,763 30,992 31,279 33,163 33,827 34,015 34,074 34,816 35,071 35,418 35,522 36,440 37,125 37,422 37,982 39,894 43,007 43,180 43,304 43,750 43,788 43,944 44,213 44,300 44,890 45,106 45,327 46,034 46,266 46,622 48,005 48,375 49,383 49,385 49,818 51,376 51,603 52,097 54,210 55,163 56,691 58,416 60,227 60,807 61,930 62,158 62,504 62,573 63,689 64,173 64,399 64,440 64,862 66,711 67,431 69,964 70,629 71,154 71,390 71,726 72,720 73,051 73,141 73,282 73,375 73,448 73,588 74,841 76,420 77,220 78,250 79,025 79,843 80,379 80,866 81,454 81,904 86,229 86,481 86,621 87,090 87,218 87,224 87,258 87,294 87,841 87,878 88,320 88,355 88,399 89,871 90,772 91,117 91,440 92,610 92,827 93,457 94,524 94,574 94,728.

[Frankfurter Lotterie.] In der am 27. d. M. fortgesetzten Ziehung 6. Klasse fielen folgende größere Gewinne zu \mathcal{R} 2000 auf No. 22,913; 4 Gewinne von \mathcal{R} 1000 auf No. 8106 12,893 13,916 23,052; 3 Gewinne von \mathcal{R} 300 auf No. 1664 9383 22,517; 21 Gewinne von \mathcal{R} 200 auf No. 328 1102 2642 3587 4470 4672 6189 6425 7346 8496 9504 10,713 13,129 16,179 17,238 19,671 20,072 21,468 21,682 25,156 25,636.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 29. April, 9 Uhr Abends.

Berlin, 29. April. In Erwiderung auf die gestern dem Könige überreichte Dantadrese des internationalen Congresses zur Pflege im Felde verwundeter Krieger, betonte derselbe die Hoffnung, daß das große menschlichfreundliche Unternehmen erst in recht später Zeit Anwendung finden, aber sofort als internationales Band betrachtet werden möge.

In der gestrigen Sitzung des Zollbundesrathes legte das Präsidium ein Zuckervereinigungs- und den Handelsvertrag mit Japan vor.

Der Reichstag führte in seiner heutigen Sitzung die Debatte über die Gewerbeordnung bis § 145 fort. Sämmtliche Paragraphen wurden mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Ein Antrag des Abg. Schweizer, betr. die Fixirung eines achtstündigen Normalarbeitstages für Lohnarbeiterinnen wurde abgelehnt. Der Abg. Schweizer zog seinen Antrag, betr. Einführung von Fabrik-Inspektoren, zurück.

Die „Post“ bezeichnet es als einen Wunsch der Regierung, daß das Zollparlament im Monat Mai zusammentrete und höchstens 4 Wochen zusammen bleibe. — Wie die „Kreuz-Ztg.“ meldet, sind Bestimmungen über den Beginn der Zollparlaments-Sitzungen noch nicht getroffen.

Berlin, 28. April. Es ist schwerlich eine falsche Prophezeiung, daß trotz des Reichstagsbeschlusses vom 16. April der Norddeutsche Bund ein verantwortliches Ministerium nicht anders als in Folge einer bedenklichen Krisis oder eines durchgreifenden Personenwechsels bekommen wird. Aber wer darum die Nothwendigkeit oder auch nur die Zeitgemäßheit dieser Beschlüsse bestritten hätte, der ist durch nichts so schlagend widerlegt worden, als durch die neulichen Reichstagsverhandlungen über die Branntweinsteuer. Er wird einräumen müssen, daß wenigstens die Berufung eines wirklich Sachverständigen und mit seiner eigenen Verantwortlichkeit für die Verwaltung seines Departements und die dasselbe betreffende Gesetzesentwürfe einstehenden Finanzministeriums nicht etwa bloss eine politische, sondern fast mehr noch eine finanzielle und wirtschaftliche Nothwendigkeit ist. Er wird denn auch zugegeben haben, daß nichts zeitgemässer sein konnte, als schon vor dem Eintreten in die Debatte über die einzelnen Steuervorlagen diese Nothwendigkeit aus allgemeineren Gesichtspunkten zu begründen und ihre tatsächliche Anerkennung von Seiten der Bundesregierung als die Vorbedingung zu konstatiren, ohne deren Erfüllung der Reichstag, wie die Regierung selbst, sich in der Unmöglichkeit befinden würden, eine wirklich gesunde, eine den wirtschaftlichen wie den staatlichen Bedürfnissen unseres Volkes wirklich entsprechende Finanzwirtschaft im Bunde herzustellen. Die Debatte vom 26. April entrollte ein wahrhaft erschreckendes Bild von dem vollständigen Mangel an volkswirtschaftlichen Rücksichten und selbst an klaren Ueberblicken über die rein finanziellen Erfolge der vorgeschlagenen und in Aussicht gestellten Steuerprojecte, an welchem

Eine Reichstagsstudie.

Berlin, 26. April. Es gebräuh doch nicht zu einer großen Sitzung, daß ein klüher nationaler Gedanke in den Reichstag geworfen wird — meint der Correspondent der „Weser-Ztg.“ — oder daß die Sachsen ausschließlich das Terrain occupiren. Eine Erhöhung der Branntweinsteuer wird man wenigstens schwerlich eine große nationale Idee, noch die Theilung des Gänther'schen Standpunktes durch die preussischen Conservativen eine sächsische Occupation nennen. Es war heute der Conflict der rechten Seite des Hauses mit dem Kanzler, der die Sitzung groß machte. Wunderbar, daß das große Interesse des Hauses an der verhandelten Frage sich nach dem ersten heftigen Anprall Bismarck's und seiner Gegner durch eine Monstresucht aus dem Sitzungsraum äußerte. War es die Schuld des Frhrn. v. Patow, der nicht bloss die Materie, sondern auch die Zuhörer erschöpfte? Lachte das Wetter und das frische, zarte Grün im Park die Geizgeber aus des Zimmers Gefängnis unter die Linden und den frühlichen Chor, der auf den Westen sich wagt? Selbst der Strategie Moltke hatte die sonst standhaft behauptete Position auf seinem Platze vor der Rednerbühne Preis gegeben, und der ehemalige hanseatische Ministerpräsident, der päntlichst und ausdauerndsten Geizgeber einer, zog das „prächtige Dach schwätiger Buchen“ den Architraven des Parlaments vor. Im Park wurde eifrig die Branntweinsteuer discutirt, auch in dem einsamen Pavillon, in welchem ein sehr bekannter Wiesbadener Nationalliberaler gern Proben Nassauer Production, die nicht mehr inländisch besteuert ist, zu spenden liebt und wohin der fremdliche Präsident des Hauses flugs eine telegraphische Verbindung hat herstellen lassen, um von Zeit zu Zeit die Zubäher der legislativen Gewalt im Bunde daran erinnern zu können, daß Beschluffähigkeit Noth thut. Heute war leider der telegraphische Apparat in Unordnung, er rich-

die Finanzverwaltung des Norddeutschen Bundes laborirt. Wenn auf der einen Seite die schwerfällige Pedanterie einer nur mit den vier Species rechnenden Fiscalität, auf der andern die chevalereske Leichtgläubigkeit, mit welcher über die wichtigsten Fragen in Betreff der höchsten wirtschaftlichen Interessen des Landes hinweggegangen wurde, wenn diese, sage ich, dem Zuhörer in die Ohren tönte, so mußte er trotz der sonstigen tiefgreifenden Verschiedenheiten der Zeiten, der Verhältnisse, der Personen, doch unwillkürlich jener Anschauungsweise sich erinnern, von denen Calonne und andere vorrevolutionäre Finanzminister Ludwigs XVI. sich beherrschen ließen. Auch jetzt hörte man, wann man damals auch hätte hören können, wenn nämlich über dieselben Steuerobjecte zu verhandeln gemeint wäre, daß der Spiritus jetzt um so und so viel höher besteuert werden müsse, weil die Fabrikanten ja ein um so und so viel größeres Quantum von Spiritus aus demselben Quantum von Material zu erzielen verstanden. Welche Nachteile es aber für die Volkswirtschaft überhaupt, nicht bloß speciell für die Landwirtschaft, und demgemäß für den Volkswohlstand und dann auch für die Finanzen herbeiführen müsse, wenn man durch die hohe Steuer die kleinen Brennereien zu Grunde richtet und den Spiritus, der doch noch zu viel anderen und selbstverständlichen viel wohltätigeren Zwecken als zu dem der Branntweinbereitung benutzt wird, übermäßig vertheuert; das schien einer besondern Erwägung kaum werth zu sein. Von irgend welchem, sei es auch dem mangelhaftesten, volkswirtschaftlichen System, nach dem diese und andere für die finanziellen Bedürfnisse des Bundes etwa nothwendigen Steuern ebenfalls in ein System gebracht werden sollten, war auch entfernt nicht die Rede. Die ganze Reihe von Steuern, welche die Bundesregierung theils schon vorgelegt hat, theils noch vorlegen will, zeigt auch nicht die leiseste Spur eines inneren Zusammenhangs oder gar eines Zusammenhanges mit den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes. Sie ist nur aufgestellt, wie der Bundeskanzler, wenn auch mit etwas anderen Worten, es aussprach, um gleichsam als eine Musterkarte zu dienen, aus welcher der Reichstag sich diejenigen Steuern ausuchen könne, die ihm am besten bezaugen, oder die ihm am wenigsten mißfallen. Der Bundeskanzler wird sich daher nicht wundern können, wenn der Reichstag jede Steuererhöhung und jede neue Steuer so lange verweigert, als es kein zweckmäßig geordnetes, den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entsprechendes und von einem verantwortlichen Fachminister vertretenes Finanzsystem im Bunde giebt. Und auch dann werden, wie der Abg. v. Hennig ihm ankündigte, wenigstens von den liberalen Parteien, Steuererhöhungen und neue Steuern nicht, wie es bisher in Preußen leider immer geschehen ist, auf eine ungemein lange Zeitdauer, sondern, eben zur dauernden Erhaltung einer guten Finanzwirtschaft, nur auf eine bestimmt abgemessene Zeit bewilligt werden. Bis diese Bedingung erfüllt ist, wird die Bundesregierung für die höheren Ausgaben jedes nächsten Finanzjahres, soweit sie noch ungedeckt sind, sich mit der Ausschreibung höherer Matrikularbeiträge begnügen müssen. Diese werden für alle als nothwendig und nützlich anerkannten Ausgaben ihr allerdings bewilligt werden. Wir haben es gern anerkannt, daß Graf Bismarck — bei den Debatten über ein Minister-Collegium im Bunde, über die Gesandtschaften der kleinen Staaten und über die Blaubücher, trotz mancher von denen der liberalen Partei abweichenden Ansichten, doch seinen guten Tag gehabt hat. Vorgestern hatte er ihn entschieden nicht, vielleicht weniger als jemals, seitdem er wirklich große Thaten vollbracht hat. Doch eines muß ich doch auch von diesem Tage rühmen, nämlich die offene Erklärung, daß die Bundesregierung keine Einnahmen erheben und keine Ausgaben machen kann, welche der Reichstag nicht bewilligt hat. Sie würde es (er hob das mit starker Betonung hervor) nicht können, auch wenn sie es wollte.

CS. [Wechselstempelsteuergesetz.] Der § 27 des Entwurfs nach dem Ausschussberichte lautet: „Jedem Bundesstaate wird von der jährlichen Einnahme für die in seinem Gebiete debilitirten Wechselstempelmatten und gestempelten Blankets bis zum Schlusse des Jahres 1870 der Betrag von 36%, in den nächstfolgenden 5 Jahren ein jährlich um 6% vermindertes Procent und vom siebenten Jahre ab dauernd der Betrag von 2% aus der Bundeskasse gewährt.“

Die segensreiche Wirksamkeit des „Hilfsvereins für Ostpreußen“ wird der „CS.“ zufolge allem Anschein nach binnen Kurzem aufhören. Wenigstens vernimmt man, daß der Kronprinz-Protector auf den 12. Mai eine Generalversammlung

tete, ohne jeden Druck vom Präsidentensitz drinnen, einen solchen Höllenlärm an, daß die Gesellschaft entsetzt dem Parlamentsgebäude zustürzte.

Es war ein blinder Lärmt, Frhr. v. Patow redete noch. Die Aufregung hatte ihren guten Grund. Der Oberfinanzrath Scheele zählte mit einer zu sehr ergreifenden Naivität die Steuern, welche sich für den Bund empfahlen, an den Fingern auf, als daß der Eindruck nicht hätte etwas nachdrücklich sich äußern müssen. Branntwein — Leuchtgas — Bier — die Heiterkeit des Hauses stieg mit der Scala in gleicher Proportion. Als dann das Bier noch an die Reihe kam, entstand jene Bewegung, die das parlamentarische Leben öfters bietet und welche, mit leisen Exclamationen der ersten Ueberaschung beginnend, schnell wie eine Lawine zu einem tobenden Sturm anwächst, in dem Gelächter, Murren, Ausrufe aller Art nicht mehr zu unterscheiden sind. Heute war der Donner um so intensiver, als das Gewitter auf allen Seiten des Hauses, rechts und links, vorn und hinten, zugleich sich entlud. Nichts ist in solchen Momenten imponirender als die Seelenruhe eines Bundescommissarius. Der Oberfinanzrath konnte wegen des Lärms fünf Minuten nicht weiter sprechen. Dann fuhr er mit der gleichgültigsten Miene von der Welt, mit einem wahren Zahlenangeficht, das mit einer Logarithmentafel in Unempfindlichkeit wetteiferte, fort, sich weiter zu expliciren, gerade als ob er die Pause von fünf Minuten sich nur gemacht hätte, um sich ein wenig anzurufen. „H.“, sagte er, die Branntweinsteuer besteht jetzt in Preußen seit 45 Jahren, wurde 1824 auf 1 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} , 1838 auf 2 \mathcal{R} , 1854 auf 3 \mathcal{R} festgesetzt; sie ist also etwa alle 15 Jahre erhöht worden; es ist demnach jetzt wieder Zeit —“ Das Haus ließ ihn nicht aussprechen. Es begrub die letzten Worte unter schallendem Gelächter. Der sächsische Staatsminister v. Friesen wollte sein

des Vereins einzuberufen beabsichtigt, welcher das Rechnungswesen des Vereins zur Decharge vorgelegt werden soll. Die Ueberschüsse des Vorjahrs sind, in Folge der auch in diesem Jahr local andauernden Nothstände nunmehr gänzlich aufgezehrt.

Schweiz. Bern, 24. April. [Gottthardbahn.] Aus dem Bericht des St. Gottthard-Comit'es ergibt sich, daß die Alpenroute vermittelst eines 14,9 Kilometer langen Tunnels durchbrochen werden soll, für dessen Ausführung binnen 8 $\frac{1}{2}$ — 9 Jahren und zu einem festen Preise von 62 Millionen Frs. verbindliche Offerten seitens des Unternehmers des Mont-Cenis-Tunnels vorliegen. Das Comité erklärt, daß es den Ausschluß einer Luftmanierbahn nicht verlangt habe. Anlangend die nothwendigen finanziellen Mittel zur Ausführung des Unternehmens, glaubt das Comité dieselben auf 162 — 165 Millionen veranschlagen zu müssen, von denen 90 in Subventionen, 25 — 30 in Obligationen und der Rest in Actien aufzubringen sind. Davon übernimmt Italien 60, Deutschland 50 und die Schweiz 50 Millionen, wie man es im Jahre 1866 erklärte. Wir freuen uns, schließlich dann die Antwort, vermittelst der gegenwärtigen Zuhörerschaft als Frucht langer Jahre eine Vorlage machen zu können, welche das Zustandekommen einer Gottthardbahn, dieser den Gesamtinteressen der Schweiz am meisten entsprechenden Alpenbahn, in sichere Aussicht zu nehmen gestattet, ohne die Finanzen des Bundes für die Ausführung des großartigen Werkes irgendwie in Anspruch zu nehmen, oder den neuen Schienenweg Sonderinteressen dienstbar werden zu lassen.

England. London. [Bismarck rüftet zu einem Römerzuge.] Unter der Ueberschrift: „Der St. Gottthard und der Graf Bismarck“ bringt das bekannte Heftblatt „International“ Artikel, welche anßer der „Thatsache“, daß Graf Bismarck 100 Millionen Franken (!) für die St. Gottthardbahn zur Disposition gestellt, die Nachricht bringen, daß er zunächst die Unterwerfung der Schweiz beabsichtige, um mit dem Gipfel des St. Gottthard den „Schlüssel Italiens“ in die Hände zu bekommen und später die „alten Römerzüge deutscher Kaiser“ von Neuem in Scene zu setzen. Als Gegengewicht empfiehlt das geistreiche Blatt die entthronen Aufopferung aller friedliebenden Capitalisten jeder Nation für die Simplonbahn. Der Correspondent der „Kreuz-Ztg.“ theilt mit, daß man Tausende von Prospecten dieser Bahn in den englischen Provinzen verbreitet.

Frankreich. [Ablehnung.] Vor einiger Zeit theilte die „Kreuz-Ztg.“ mit, daß auf Anlaß des Kaisers die belgische Bürgerwehr eingeladen worden sei, sich bei dem Schützenfeste in Fontoise zahlreich vertreten zu lassen. Wie es heißt, ist die Einladung abgelehnt worden.

Spanien. [Entdecktes Verbrechen.] Im Mittelpunkte Madrids befindet sich ein Nonnenkloster; in dem abgelegenen Theile desselben hat der Civilgouverneur, durch einen anonymen Brief davon benachrichtigt, eine kleine Zelle, kaum einen Meter im Geviert, entdeckt, die nur durch eine kleine Oeffnung dicht unter der Decke etwas Licht und Luft erhielt. In dieser Gruft fand man eine junge Nonne von 28 Jahren, die dort seit 5 Jahren lebendig begraben war. Die Unglückliche, einer reichen Familie Südamerikas angehörend, war jung und schön mit ihrem Gatten nach Madrid gekommen, der eines Tages, weil er sie mit Unrecht eines Treubruchs schuldig hielt, sich mit dem Almoerier des genannten Klosters verständigte und ihm die Schuldbüße zur ewigen Haft überwies. Das Opfer dieser Unthat befindet sich in einem furchtbaren Zustande; die Gerichte, welchen die Sache zur Aburtheilung überwiesen ist, werden wohl noch mehr Licht darüber verbreiten.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 29. April 1869. Wind: NO.

Angelommen: de Bries, Frederik, Amsterdam, Schienen. — Rahm, Hoche, Stettin, Kartoffeln. — Winters, Helios, Königsberg, Ballast.

Retournirt: Larsen, Familien.

In der Ruhiger Bucht: 9 große Schiffe vor Anker und 1 Pint, 1 Bart, 2 Briggs, 1 Schooner unter Segel haltend. Nichts im Ankommen.

Meteorologische Depesche vom 29. April.

Weg.	Bar. in Par. Linien.	Temp. R.	R.	W.	W.	W.
6 Memel	337,5	2,6	N	stark	trübe	Nachts Schnee und Regen.
7 Königsberg	337,7	2,8	N	Sturm	wenig heiter.	
6 Danzig	338,8	3,2	NW	stark	heiter.	
6 Gostlin	339,7	4,1	NO	stark	heiter.	
6 Stettin	340,2	4,8	NO	mäßig	heiter.	
6 Butbus	338,7	4,5	NO	stark	heiter.	
6 Berlin	338,7	7,1	N	mäßig	heiter.	
7 Rbin	338,4	8,0	NO	schwach	j. heiter.	
7 Flensburg	341,1	5,7	NO	lebhaft	heiter.	
7 Haparanda	336,0	5,1	N	schwach	heiter.	
7 Petersburg	334,7	1,9	NW	stark	bewölkt.	
7 Stodholm	339,9	2,1	NW	mäßig	heiter, gestern	Schnee, Regen und Hagel.
7 Helber	341,3	8,9	NO	mäßig.		

Lachen verbergen und rieb sich, das Gesicht mit den Händen bedeckend, die Augen. Der Präsident ergrieff ein Actenstück, um seine Laune schnell in tiefen Ernst zurückzuführen. Der Kanzler war noch nicht da. Er erschien, während der freiconservative Herr v. Kardorff seiner Zunge gegen das Gesetz freien Lauf ließ, den Kanzler der Unkenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse beschuldigte und die Erwartung aussprach, das Parlament werde das Gesetz mit erdrückender Majorität zu Falle bringen. Graf Bismarck setzte der sehr scharfen Rede einen sehr gemäßigten Ton entgegen. Er berief sich darauf, daß er ebenso wie Hr. v. Kardorff Branntweindebrenner wäre. Mit Gänther-Sachsen mußte der Kanzler einen literatur-historischen Kampf ausfechten. Letzterer hatte citirt: Wächst mir ein Kornfeld in der flachen Hand? Gänther corrigirte ihn ironisch und behauptete, der Dichter sage: Wächst mir ein Kriegsherr in der flachen Hand? Bismarck blieb bei seinem Texte. Das Komische war, daß er in der Eile der Rede „Wallenstein“ und nicht die „Jungfrau von Orléans“ als Quelle angegeben hatte und daß Gänther auf die Autorität Bismarck's hin dabei blieb, der Vers sei aus „Wallenstein“. Er irrt sich nicht bloß darin, sondern auch in dem citirten Texte. Das aufgelöste Haus fand seine Sammlung erst wieder, als Hr. v. Hennig sprach und zu der freiconservativen Frontstellung gegen das Gesetz durch den Frn. v. Kardorff, zu dem conservativen Angriff durch den Frn. v. Bedemeyer noch den nationalliberalen Sturm hinzufügte. Ein Tag, den Graf Bismarck schwarz anstreichen wird. Er mischte sich in den späteren Stunden der Sitzung viel unter die Abgeordneten, rechts und links, conversirte mit dem Herzog v. Ujest und mit Braun-Wiesbaden. Die zweite und die dritte Lesung werden schwerlich dem Kanzler mehr Genugthuung gewähren.

Verantwortlicher Redacteur: H. Ricker in Danzig.

